

KÖNNEN DIE SCHRIFTSTELLER STREIKEN?

SPIEGEL-Gespräch mit Dieter Lattmann und Günter Graß über den Autoren-Verband

SPIEGEL: Herr Lattmann, Sie haben erklärt, der Verband deutscher Schriftsteller solle „wie eine brauchbare Gewerkschaft“ handeln. Werden die Schriftsteller also auch streiken?

LATTMANN: Das wird erst möglich sein, wenn die gewerkschaftliche Organisation der Autoren weiter gediehen ist. Was im Augenblick möglich ist, ist der Boykott durch Autorengruppen zur Durchsetzung bestimmter Ziele.

SPIEGEL: Sie denken da an Aktionen wie den Springer-Boykott der „Gruppe 47“ oder den Boykott der SFB-Mitarbeiter im Fall Barsig? Das waren aber doch primär politische Aktionen, nicht aber gewerkschaftliche, etwa Streiks für mehr Geld.

GRASS: Für einen Streik fehlen uns ja doch noch einige Voraussetzungen. Außerdem ist Streik im Tarifkampf, wenn wir das Gewerkschaftswort gebrauchen wollen, ja doch immer nur das letzte Mittel. Aber die Möglichkeit, daß die Schriftsteller streikfähig werden, die ist als Ziel zu setzen. Doch wir müßten erst mal tariffähig werden und einen Tarifpartner haben: Wir müssen den Börsenverein dazu bringen, sich als Arbeitgebergruppe zu verstehen.

SPIEGEL: Sie orientieren sich offenbar bei Ihren Vorstellungen stark am skandinavischen Modell.

LATTMANN: Ja, neuerdings noch mehr. Es ist gerade vor kurzem mit Unterstützung des „Instituts für Projekt-Studien“ eine Delegation in Skandinavien gewesen und hat die sozialen Arrangements für künstlerisch freie Berufe, speziell die Vertragssituation der Autoren in Schweden, Norwegen und Dänemark untersucht. Und dort ist eben Selbstverständlichkeit, was wir erst noch erreichen müssen, nämlich zweiseitig ausgehandelte tarifartige Verträge zwischen Verlegern und Autoren und zwischen Rundfunk/Fernsehen und Autoren. In Schweden gibt es ein garantiertes Mindesthonorar für den Autor: 16²/₃ Prozent vom Ladenpreis des Buches.

SPIEGEL: Also erheblich mehr als die deutsche Durchschnittstantieme von 10 Prozent.

LATTMANN: In Norwegen gibt es noch etwas Einzigartiges: Der staatliche Kunstfonds kauft von jedem Originalbuch der Belletristik, das ein norwegischer Autor veröffentlicht, tausend Exemplare für die Bibliotheken.

SPIEGEL: Würden Sie denn fordern, daß auch hier der Staat gewissermaßen Bücherhalden subventioniert?

LATTMANN: Nein, ich halte dieses Modell für so nicht übertragbar auf die um vieles größere Bundesrepublik. Aber anderes, das in Skandinavien existiert, sollte sehr ernsthaft erwogen werden, zum Beispiel die Überlegung, gewisse Schriftstellergelöhner



Lattmann, Graß (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in Ingolstadt*

auszusetzen, damit Autoren für einige Zeit frei werden, um bestimmte Arbeiten realisieren zu können.

SPIEGEL: Und wer soll das bezahlen?

LATTMANN: Wenn unsere Forderungen nach Honoraren für Schulbuch-Beiträge und nach dem Bibliotheksgroschen erfüllt sind, dann hat der Schriftstellerverband die Mittel, sol-

che Autorenförderungen über seinen Sozialfonds zu praktizieren.

SPIEGEL: Was sagen denn nun Ihre Vertragspartner, die Verleger, zu den Wünschen der Autoren nach Verträgen à la Schweden?

LATTMANN: Da zeichnet sich eine sehr harte Kontroverse ab. Gerade jetzt, wo durch die Initiative des

DER SCHRIFTSTELLER-VERBAND

der Bundesrepublik ist erst knapp ein- einhalb Jahre alt. Er wurde – als „Verband deutscher Schriftsteller (VS) e. V.“ – im Juni 1969 aus den bis dahin nur locker liierten berufsständischen Regional-Organisationen gebildet. Leitmotiv für den neuen Verband wurde Heinrich Bölls Gründungsrede vom „Ende der Bescheidenheit“; in ihrem ersten Arbeitsprogramm forderten die Schriftsteller eine Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situation, die den (so der Vorsitzende Münchner Romancier Dieter Lattmann, 44) „unterprivilegierten Wort-urhebern“ unerträglich erscheint.

In der Tat müssen sich die „Schreibenden aller Art“ in Westdeutschland gegenüber vielen Kollegen im Ausland (besonders in Skandinavien) empfindlich benachteiligt fühlen: Sie werden steuerlich als Unternehmer veranlagt, ohne daß ihnen deren Abschreibungsmöglichkeiten eingeräumt wären; sie können ihr geistiges Eigentum, anders als ein Eigenheim, nur für 70 Jahre vererben; sie können geeigneter Texte schon zu Lebzeiten enteignet werden, wenn die für den

Lesebuch-Nachdruck taugen; für die Ausleihe ihrer Bücher in Bibliotheken erhalten sie keinerlei Vergütung; es gibt keine Musterverträge für Buchpublikationen, keine Tarifverträge für Fernseh- und Rundfunkmitarbeiter, keine Altersversorgung.

„Die Zwänge der Arbeitswelt“, resümierte Lattmann, „weisen die Autoren in die gewerkschaftliche Richtung.“ So nahm der Verband, zu dessen fast 3000 Mitgliedern inzwischen viele namhafte Belletristen, Sachbuch-Autoren, Dramatiker, Kritiker und Übersetzer zählen, Gespräche mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter auf. Bundespräsident Heinemann ließ sich die „soziale Misere“ der Kulturschaffenden schildern; die CDU lud mehrfach zum Gespräch.

Höhepunkt der jäh aufgeflamten staatlichen Wertschätzung wird die Teilnahme von Willy Brandt beim Schriftstellerkongreß am Wochenende in Stuttgart sein, dem ersten großen Autoren-Thing seit 1947. Tagungs-Thema, über das auch Graß, Böll und Walser referieren werden: „Einigkeit der Einzelgänger – Schriftsteller in der Arbeitswelt“.

* Während ihrer Wahlkampf-Tournee durch Bayern im Hotel Rappensberger. Mit Horst-Dieter Ebert und Rolf Becker.